

SATZUNG

über den Bebauungsplan „Breite I, 6. Änderung, 1. Erweiterung“ Rosenfeld - Bickelsberg

Aufgrund der §§ 1 bis 4 und 8 bis 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und der §§ 74 und 75 Landesbauordnung in Baden-Württemberg (LBO) i.V.m. § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO), in den derzeit gültigen Fassungen, hat der Gemeinderat der Stadt Rosenfeld am 23.10.2008 den Bebauungsplan „Breite I, 6. Änderung, 1. Erweiterung, als

Satzung

beschlossen.

§ 1 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus der Festsetzung des Bebauungsplans.

§ 2 Bestandteile des Bebauungsplans

Der Bebauungsplan besteht aus den Anlagen 1 - 6
Übersichtsplan vom 29.09.2008 (gefertigt vom Büro ITON, Sulz).
Planzeichnung vom 29.09.2008 (gefertigt vom Büro ITON, Sulz).
Begründung, einschließlich Textteil vom 29.09.2008 (gefertigt vom Büro ITON, Sulz)
Stellungnahme Lärmschutz vom 13.02.2008 (gefertigt vom Büro ISIS, Riedlingen)
Umweltbericht mit Maßnahmenplan vom 01.10.2008 (gefertigt vom Büro Dr.
Grossmann, Balingen)
Anregungen mit Abwägung vom 29.09.2008 (gefertigt vom Büro ITon, Sulz)

§ 3 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 75 Landesbauordnung (LBO) handelt, wer aufgrund von § 9 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 74 LBO getroffene Festsetzungen des Bebauungsplanes zuwider handelt.

§ 4 Inkrafttreten

Der Bebauungsplan tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft gemäß § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB).

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung bei der Stadtverwaltung Rosenfeld, Rathaus, Frauenberggasse 1, 72348 Rosenfeld, während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan einsehen und über seinen Inhalt Auskunft verlangen.

§ 5 Entschädigungsansprüche

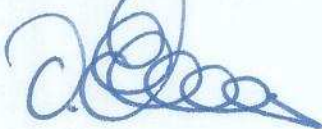
Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

§ 6 Rechtsbehelfsbelehrung

Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel in der Abwägung sind gemäß § 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB) unbeachtlich, wenn die Verletzung der oben genannten Verfahrens- und Formvorschriften nicht innerhalb eines Jahres, Mängel in der Abwägung nicht innerhalb von 7 Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Rosenfeld geltend gemacht worden sind.

Bei Geltendmachung ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen.

Rosenfeld, den 29.10.2008



Thomas Miller
Bürgermeister

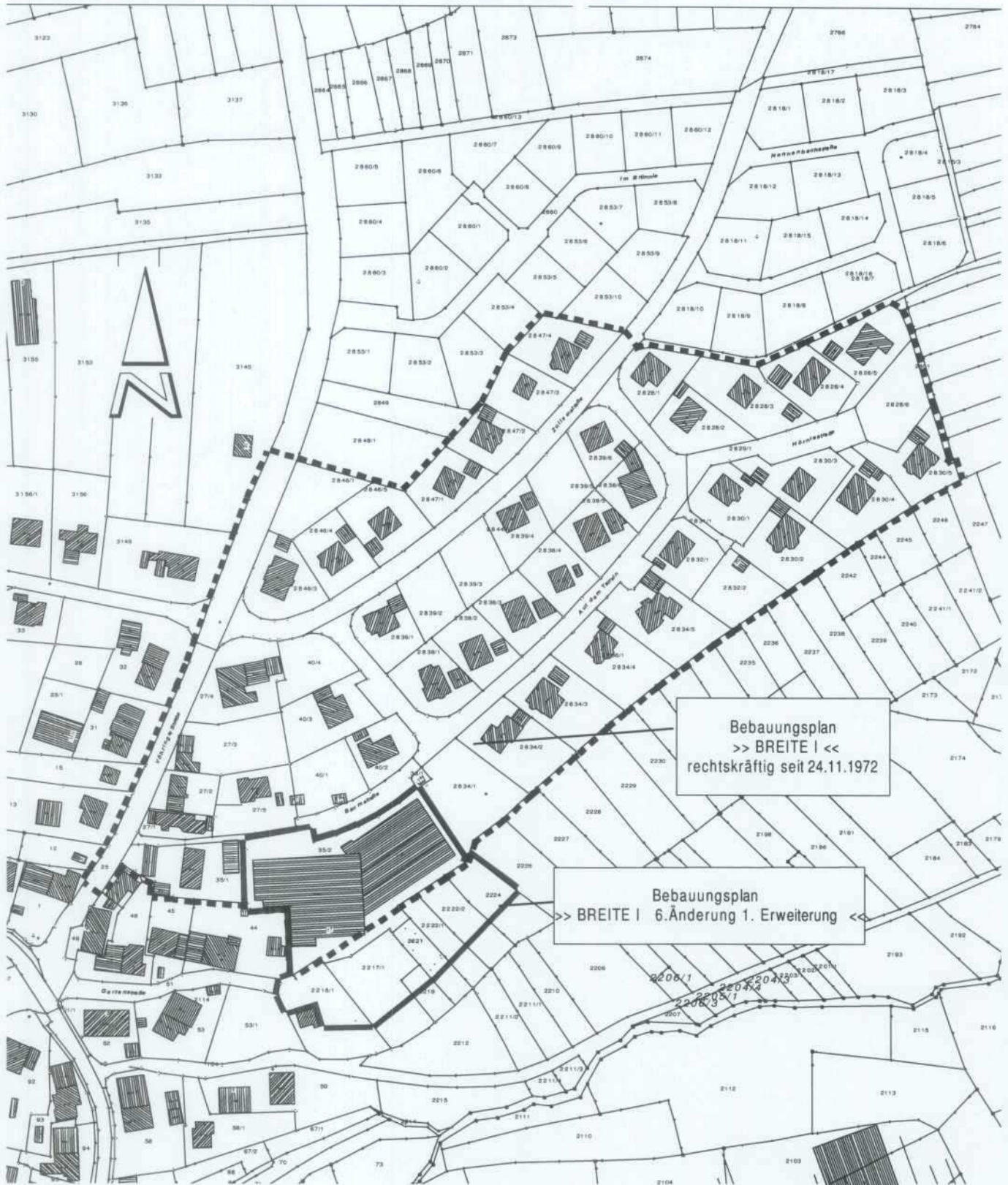
STADT ROSENFELD
STADTTEIL BICKELSBERG
ZOLLERNALBKREIS

ÜBERSICHTSPLAN

Bebauungsplan

>> BREITE I

6. Änderung und 1. Erweiterung <<



Bebauungsplan
>> BREITE I <<
rechtskräftig seit 24.11.1972

Bebauungsplan
>> BREITE I 6. Änderung 1. Erweiterung <<

M. 1: 2 500 29.09.2008



Dienstleistungen im
Bau- und Vermessungswesen

Straßenbau
Tiefbau
Umweltschutz
Bauleitplanung
Vermessung

Ingenieurteam Oberer Neckar

Ingenieurpartnerschaft Faras & Ohnmacht
Untere Hauptstraße 25
72172 Sulz a.N.

Tel. 07454/9606-0
Fax 07454/9606-70
info@ingenieurteam-on.de